

Timm Beichelt
Europa-Universität Viadrina
Professur Europa-Studien
Postfach 1786
15230 Frankfurt/Oder
beichelt@euv-frankfurt-o.de
Tel. +49 – 335 – 5534 2537

EU-Skepsis als Aneignung europäischer Politik

Erscheint in: Berliner Debatte Initial, 2/2010

1. Einleitung

Das Ende des „permissive consensus“ (Lindberg/Scheingold 1970), also die durch demonstrative Zurückhaltung geprägte Haltung der Bevölkerung zur EU-Integration, ist in den vergangenen Jahren häufig diagnostiziert worden. An die Stelle der Vermutung einer stillen Zustimmung ist in den letzten Jahren die Gewissheit getreten, dass der Integrationsprozess nicht nur befürwortet, sondern – in unterschiedlichen Ländern in unterschiedlichem Umfang – von verdeckter oder offener Ablehnung begleitet wird. EU-Skepsis manifestiert sich nicht nur in Bevölkerungseinstellungen, sondern, und vielleicht noch sichtbarer, in Äußerungen von Vertretern politischer Parteien, die mit Kritik an „Europa“ oder einzelnen Elementen der Integration Wählerstimmen an sich binden können.

In der öffentlichen Wahrnehmung wurden EU-skeptische Positionierungen allerdings zu- meist nicht als produktive Äußerungen im politischen Diskurs eingestuft. Besonders in Deutschland galt offene EU-Kritik als Verletzung des guten politischen Anstands. EU-Skepsis wurde von öffentlichen und politischen Meinungsführern nur in sehr begrenzten Teilbereichen aktiv propagiert, zum Beispiel wenn es um die Frage ging, wer die Beiträge zum EU-Haushalt zu schultern habe. Schließlich gründeten in der alten Bundesrepublik sowohl das gesellschaftliche Selbstbild als Zivilmacht als auch die integrationistische Staatsräson auf der Offenheit für Europa (vgl. Beichelt 2009: 113-145). In jüngerer Zeit hat der vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Begriff der „Europafreundlichkeit“ des Grundgesetzes diese Traditionslinie bestätigt.¹

Mit dem durch die griechische Schuldenkrise nun ausgelösten Vertrauensverlust für den Euro als Gemeinschaftswährung bestehen einerseits Anzeichen dafür, dass sich die Beurteilung der europäischen Integration durch die veröffentlichte Meinung nachhaltig geändert

¹ [So geschehen im Urteil zu den Klagen gegen das Zustimmungs- und die Begleitgesetze des Lissaboner Vertragswerks.](#) Siehe http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.html, heruntergeladen am 16.05.2010.

haben könnte. Jedenfalls wurde in den Monaten April und Mai des Jahres 2010 mit bisher ungekannter Schärfe diskutiert, ob die Wirtschafts- und Währungsunion – als eines der Kernprojekte der EU-Integration – ihre Berechtigung habe.² Andererseits wurde in der entsprechenden Debatte auch immer wieder der Position eine Plattform eingeräumt, der Euro sei nicht zuletzt auf Betreiben der Bundesrepublik eingeführt worden, wobei Deutschland zu den größten Profiteuren dieser Entscheidung gehöre.³

Die massive Äußerung von EU-Kritik hat also nicht zuletzt dazu geführt, dass sich europophile Positionen erneut ins Gedächtnis rufen konnten. Wie lässt sich aber die Vehemenz der neuen EU-Skepsis in Deutschland und darüber hinaus werten? Im vorliegenden Text wird versucht, eine Antwort zu entwickeln, die darauf hinausläuft, der öffentlichen Artikulation EU-skeptischer Positionen eine produktive Komponente für die europäische Integration zuzuerkennen. EU-Skepsis hat demnach nicht von vornherein die destruktive Funktion, die ihr im öffentlichen Diskurs häufig zugeschrieben wird. Vielmehr ist sie in vielen Fällen als Aneignung der europäischen Dimension von Politik durch die EU-Mitgliedsgesellschaften zu verstehen. Diese Aneignung, die konzeptionell als Gegenbegriff zu „Entfremdung“ gefasst werden kann (Franz 1995: 206), vollzieht sich in vornehmlich nationalen Öffentlichkeiten und schließt namentlich auch die kritischen Akteure ein.

Um mein Argument zu untermauern, gehe ich in drei Schritten vor. Zunächst präsentiere ich einige empirische Daten, die die quantitative Bedeutung des Phänomens EU-Skepsis illustrieren. Der Begriff der EU-Skepsis wird dabei vor dem Hintergrund einer ausführlichen Diskussion verwendet (Taggart 1998; Kopecký/Mudde 2002; Sitter 2002; Hooghe 2007), in deren Ergebnis EU-Skepsis durch geäußerte Kritik an konkreten Ausprägungen des europäischen Integrationsprozesses charakterisiert ist. Zu unterscheiden ist EU-Skepsis damit von der prinzipiellen Ablehnung der europäischen Idee, für deren Vertreter andere Begriffe – z.B. „harter Euro-Skeptizismus (Taggart 1998) oder „Euro-Skeptizismus“ (Beichelt 2004) – verwendet werden.

In einem zweiten Schritt werden die empirisch eruierten Positionen vier verschiedenen Erklärungsangeboten zugeordnet, die sich in der Literatur zur EU-Skepsis ausmachen lassen. Dies führt im dritten Schritt zu der These, die im Titel angedeutet ist: EU-Skepsis kann und sollte sechzig Jahre nach dem Beginn der Integration nicht mehr primär mit Integrationsfeindlichkeit gleichgesetzt werden. Vielmehr verrät das deutliche Lauterwerden EU-skeptischer Äußerungen, dass das Ausgreifen der europäischen Politik einen zusätzlichen Legitimationsbedarf auf EU-Ebene geschaffen hat. Dem kommen die verschiedenen Instanzen der europäischen Politik nach, und entsprechend lässt sich ein guter Teil der vernehmbaren EU-Skepsis als Konsequenz der Aneignung europäischer Politik verstehen.

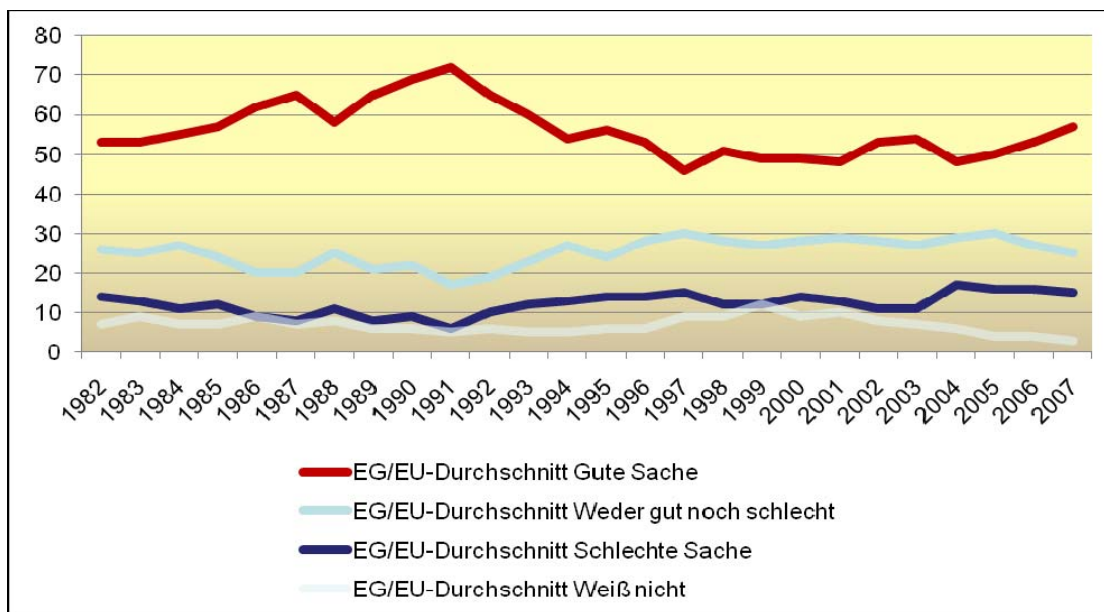
2. EU-Skepsis: ausgewählte empirische Befunde

² Siehe z.B. Der Spiegel 20/2010 („Die Euro-Lüge“).

³ Siehe z.B. das Interview von Kommissionspräsident Manuel Barroso in der FAZ vom 25.5.2010.

Hinsichtlich der Subjekte der EU-Skepsis lassen sich zwei Ebenen unterscheiden, die sich aus der Empirie der vorfindbaren EU-skeptischen Äußerungen ergeben. Erstens die Bevölkerungen mit ihren Einstellungen gegenüber der EU, zweitens politische Eliten unter besonderer Berücksichtigung politischer Parteien. Beide Dimensionen werden im Folgenden kurz beleuchtet, wobei dies angesichts des knappen Raums nur recht cursorisch geschehen kann. Für tiefer gehende Analysen sei auf Arbeiten von Hooghe und Marks (2007), Laure Neumayer (2008) sowie Taggart und Szczerbiak (2004) verwiesen.

Graphik 1: Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft (Durchschnitt EG/EU, 1982-2007)



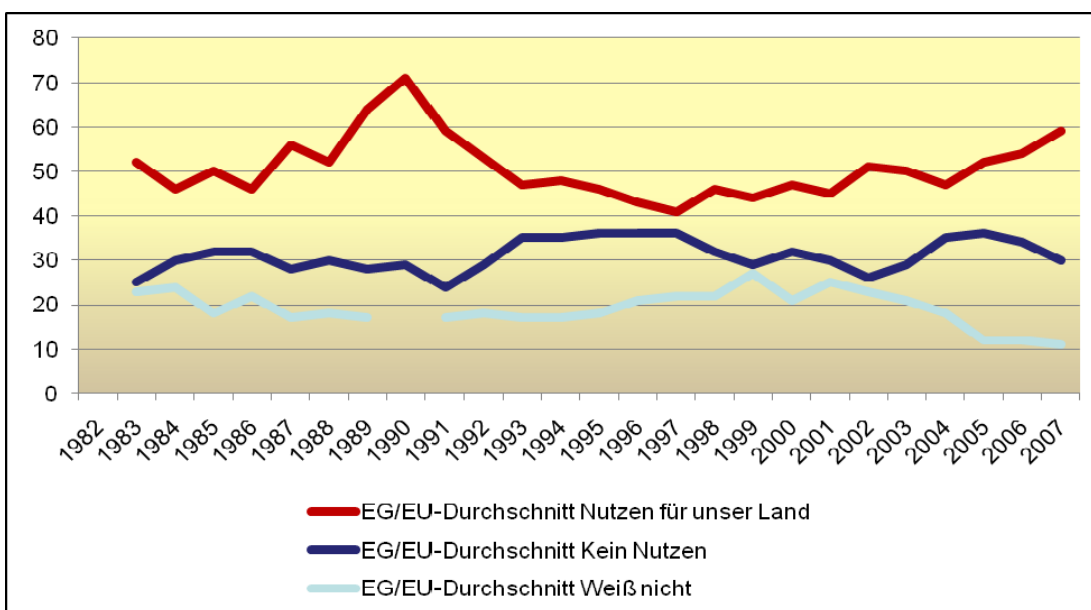
Quellen: Eurobarometer 17, 19, 21, 24, 25, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 64, 66, 67.

Ein erster Befund betrifft die generelle Akzeptanz der EU durch ihre Bürger. Einschlägig ist hier die Frage des Eurobarometer, ob die Befragten die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für eine gute oder schlechte Sache hielten. Hier geht es also allgemein um die Idee der europäischen Integration. Als Gegenteil von Akzeptanz kann die Ablehnung, d.h. die Einordnung als „schlechte Sache“ gesehen werden. Wie wir sehen (Graphik 1), ist dies bei zwischen 5% (1991) und 18% (2004) der Fall. Besonders gering fiel der Anteil der EU-Skeptiker also nach dem Ende des Kalten Krieges aus. Besonders hoch war er dagegen, als die bis 1989 hinter dem Eisernen Vorhang liegenden Staaten sich anschickten, Mitglieder der Europäischen Union zu werden.

EU-Skeptiker stellen mithin eine sichtbare Minderheit der EU-Bevölkerung dar. Seit etwa 1994 äußerte immer nur etwa die Hälfte der EU-Bevölkerung eine eindeutig akzeptierende Haltung zur EU. Zu den EU-Skeptikern kamen immer noch größere Gruppen hinzu, die

sich keine Meinung zur EU-Mitgliedschaft gebildet hatten oder sich zwischen Akzeptanz und Skepsis nicht entscheiden konnten (siehe erneut Graphik 1). Noch deutlicher äußert sich dieser Befund, wenn abweichend nach dem Nutzen der Mitgliedschaft für das Heimatland des Interviewten gefragt wird. Dann äußern im EU-Durchschnitt zwischen etwa 25 und 35 Prozent der europäischen Bevölkerung explizit, keinen Nutzen zu sehen. Einen Nutzen für ihr Land sah zwischen 1993 und 2005 stets höchstens die Hälfte der EU-Bevölkerung (Graphik 2).

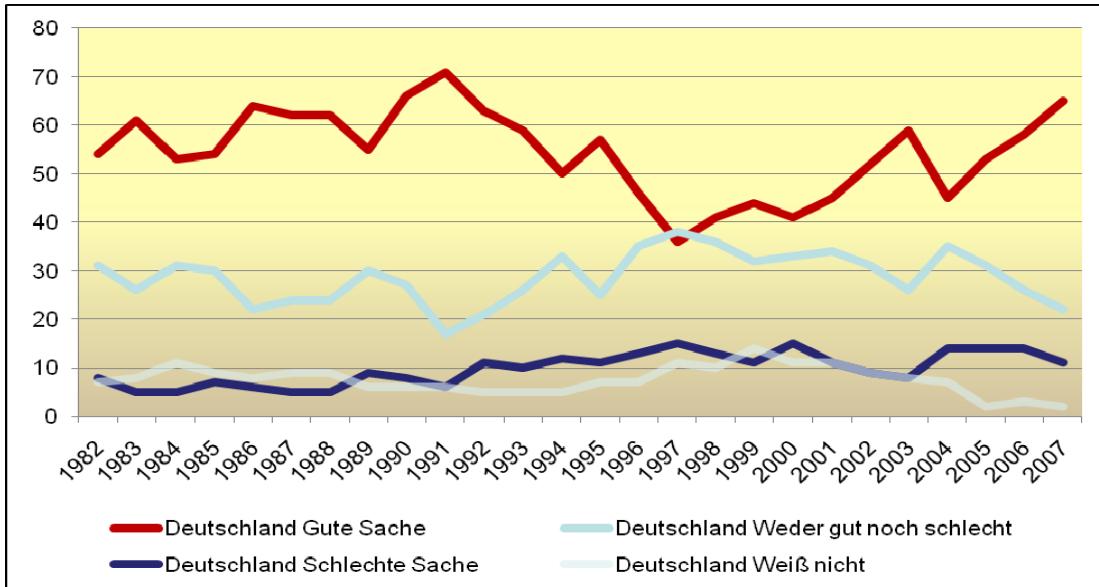
Graphik 2: Perzipierter Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land (1982-2007, EU-Durchschnitt)



Quellen: Eurobarometer 17, 19, 21, 24, 25, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 64, 66, 67.

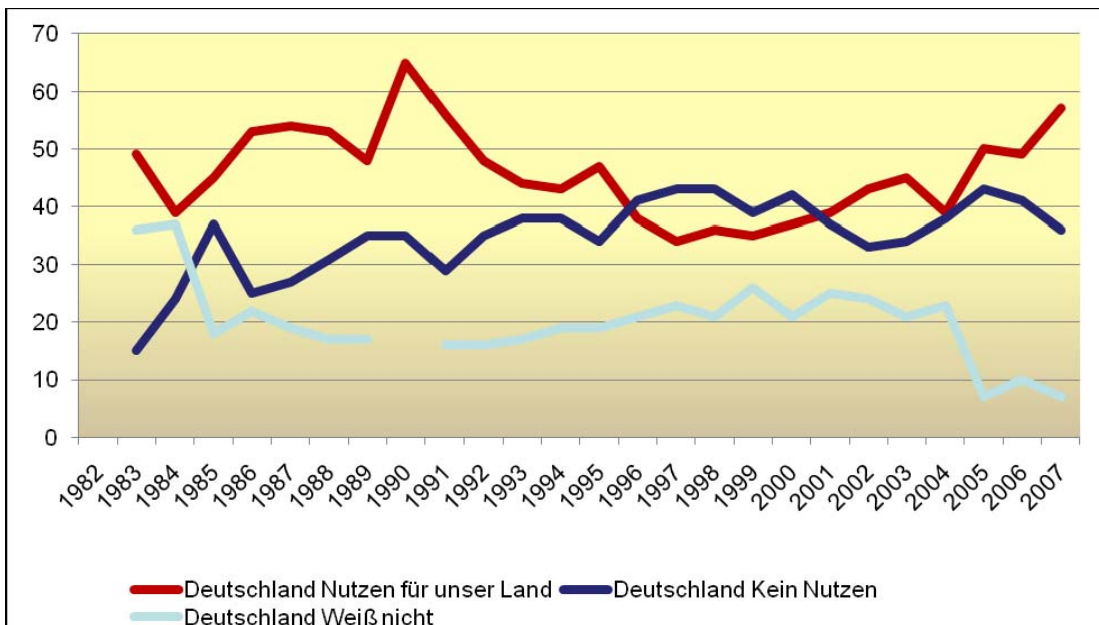
Wie die Graphiken 3 und 4 zeigen, liegt die Bundesrepublik im Großen und Ganzen im gesamteuropäischen Trend. Nach einem Tief in den Jahren 1997 und 1998, als die Deutsche Mark abgeschafft werden sollte, lässt sich mittlerweile – diese Zahl bezieht sich auf das Jahr 2008 – wieder ein Zustimmungswert von fast 70 Prozent ermitteln, wenn nach der allgemeinen Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft gefragt wird. Die geäußerte EU-Skepsis bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie im EU-Durchschnitt, nämlich je nach Jahr zwischen 5% und 15% (Graphik 3). Werden allerdings die Deutschen danach gefragt, wie sie den Nutzen der EU-Mitgliedschaft „für unser Land“ einschätzen, dann sinkt der Anteil derjenigen, die diesen positiv bewerten, unter den EU-Mittelwert. Hier gehört die Bundesrepublik zu den wenigen Staaten, in denen die Ablehnung in manchen Jahren ausgeprägter ist als das länderspezifische Nutzenempfinden. In manchen Jahren gab es nur noch unter 40 Prozent der Deutschen, die bei der Frage, ob sie die EU-Mitgliedschaft ihres Landes als etwas Gutes empfänden, explizit mit "Ja" stimmten (Graphik 4).

Graphik 3: Akzeptanz der EU-Mitgliedschaft (1982-2007, Bundesrepublik Deutschland)



Quellen: Eurobarometer 17, 19, 21, 24, 25, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 64, 66, 67.

Graphik 4: Perzipierter Nutzen der EU-Mitgliedschaft für das eigene Land (1982-2007, Bundesrepublik)



Quellen: Eurobarometer 17, 19, 21, 24, 25, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 64, 66, 67.

Wie sieht die Angelegenheit bei den Vertretern der politischen Parteien aus?⁴ Auch hier muss zunächst eine Differenzierung vorgenommen werden. Leichter als auf Bevölkerungsebene lassen sich solche Parteien identifizieren, deren Akteure die Idee der europäischen Integration generell ablehnen. Neben der Bezeichnung als „harte“ Skeptiker wurde dafür vor allem der Begriff der Europhobie verwendet (Henderson 2001; Kopecký/Mudde 2002). Dabei handelt es sich im Großen und Ganzen um rechts- und linksradikale Parteien sowie um radikale Regionalisten. Diese drei Parteigruppen sind in ihren nationalen Parlamenten häufig nicht vertreten, spielen aber in Wahlkämpfen durchaus eine Rolle. Die Verbindung zwischen diesen Parteien und jenen Bevölkerungsteilen, die zu den stabil-diffusen Ablehnern der Integration gehören, lässt sich mangels einschlägiger Studien empirisch nur mit Mühe belegen (Hooghe 2007; Hooghe/Marks 2007). Es erscheint dennoch plausibel, Affinitäten zwischen EU-Skeptikern auf Bevölkerungsebene sowie den diese Positionen vertretenden Parteien zu unterstellen.

Von den harten Skeptikern zu unterscheiden sind solche Parteien, die sich an spezifischen Aspekten des europäischen Integrationsprozesses reiben. Hier sind alle Parteien einzuordnen, die wenigstens partiell als integrationsfreundlich anzusehen sind, gleichzeitig aber mit bestimmten Konsequenzen der Integration – etwa mit der durch den marktzentrierten Integrationsmodus entstehenden sozialen Schieflage – nicht einverstanden sind. Ebenfalls vorzufinden sind solche Parteien, deren Reserviertheit im Hinblick auf die EU in erster Linie auf einer (realen oder vermeintlichen) Bedrohung der nationalen Identität beruht. Nur für die beiden letzten der genannten Typen trifft der im Titel dieses Textes auftauchende Begriff der EU-Skepsis zu, also der abgestuften und relativierbaren Ablehnung der EU in Teilen ihrer konkreten Ausprägung.

Demonstrieren lässt sich die Relevanz von EU-skeptischen Kräften in der Zusammensetzung bestimmter Fraktionen des Europäischen Parlaments (EP).⁵ Vordergründig handelt sich um ein Paradox, wenn sich EU-kritische Parteien besonders engagiert um Präsenz in dieser EU-Institution bemühen. Dennoch verwundert der Sachverhalt nicht, wenn man bedenkt, dass gerade Europa-Wahlen eine willkommene Plattform für EU-kritische Akteure bieten, da hier europäische *Issues* im Vordergrund stehen. Außerdem ist die Wahlbeteiligung zumeist niedriger als bei nationalen Wahlen und daher genügen oft schon vergleichsweise niedrigere Stimmenzahlen für einen Wahlerfolg – was sich radikale Kräfte häufig zunutze gemacht haben (siehe z.B. Judge/Earnshaw 2003; Corbett/Jacobs/Shackleton 2005; Hix/Noury/Roland 2007).

Im EP sind die Europa- und EU-skeptischen Parteien im Wesentlichen in den drei Fraktionen „Europa der Freiheit und Demokratie“, „Europäische Konservative und Reformisten“

⁴ Der Fokussierung auf Parteien liegt die Beobachtung zu Grunde, dass in Europa die allermeisten politischen Akteure über einen parteipolitischen Bezug verfügen. Ist dieser nicht ersichtlich (z.B. bei Mitgliedern der EU-Kommission), werden die EU-bezogenen Positionen in diesem Text nicht behandelt.

⁵ Zusammensetzung siehe http://europa.eu/institutions/inst/parliament/index_de.htm, besucht am 26.5.2010.

sowie „Vereinigte Europäische Linke“ vertreten. Ganz generell fällt dabei ins Auge, dass einige der in den Fraktionen vertretenen nationalen Parteien in ihren Ländern beträchtliche Stimmanteile erringen konnten. Dazu zählen in der Fraktion der „Konservativen und Reformisten“ wichtige konservative Parteien wie „Recht und Gerechtigkeit“ (Polen) mit 27 Prozent und die tschechische Bürgerpartei mit 31 Prozent der erzielten Stimmen. Auf einem ähnlichen Niveau bewegt sich auch die britische Conservative Party mit einem Wähleranteil von 27 Prozent. In etwas geringerem Maße konnten sozialistische Linksparteien Erfolge verbuchen, z.B. in Deutschland mit 7.5 Prozent und in Frankreich mit ca. 6 Prozent.⁶

Welche weiteren Unterscheidungen lassen sich anführen? Bei einer genaueren Analyse der EU-skeptischen Verhaltensweisen fällt ins Auge, dass die von EU-skeptischen Parteien und Akteuren angeführten inhaltlichen Begründungen weit variieren. Bei dem Versuch diese zu gruppieren ergeben sich verschiedene Themen, oder Cluster, der EU-Skepsis (vgl. auch Tiersky 2001): die Sorge um Verlust von Souveränität und Identität, die Kritik der sozialen Folgen der Marktintegration sowie die Kritik an Dominanz von Technokratie und Bürokratie. Die drei Themen lassen sich den oben aufgeführten Fraktionen des EP einigermaßen zuordnen (vgl. Hix/Noury 2009). Die Sorge um Souveränitäts- und Identitätsverluste eint die Konservativen sowie die Nationalisten, wobei letztere – in der Fraktion „Freiheit und Demokratie“ – zusätzlich das Argument der Bürokratedominanz anführen. Wie wir wissen, handelt es sich dabei um eine Eigenheit populistischer Parteien aus West- und Osteuropa. Die Kritik an der Marktintegration konzentriert sich dagegen bei den Vereinigten Linken.

3. EU-Skepsis und EU-Kritik: vier Interpretationsangebote

Bis hierher konnte belegt werden, dass sich EU-skeptische Positionen sowohl auf Bevölkerungs- wie auf Elitenebene in beträchtlichem Umfang feststellen lassen. Im Folgenden geht es nun darum, die zunehmende öffentliche Artikulation von EU-Skepsis in größere politische Zusammenhänge und wissenschaftliche Debatten einzuordnen. Erklärungsbedarf besteht dabei zunächst im Hinblick auf das Zustandekommen EU-skeptischer Positionen. Damit im Zusammenhang stehen allerdings die vielfältigen Interpretationen, die den Umgang mit EU-Skepsis und dessen politische Konsequenzen umranken. Lange Zeit galt Kritik gegenüber der EU als sakrosankt, war in gewisser Weise mit einem Tabu belegt. Das Auftauchen von qualifizierter Kritik an *Teilaspekten* der Integration hat das Tabu jedoch abgeschwächt, und EU-kritische Äußerungen lassen sich nun nüchterner einordnen.

Die vier Ideenkomplexe, innerhalb derer Kritik an der EU geübt wird, lassen sich als Narrative verstehen (vgl. Büthe 2002). Als solche verbinden sie das Phänomen der europäischen Integration mit einem argumentativen Kontext, wobei das jeweilige Narrativ den jeweiligen

⁶ Alle Daten siehe Homepage des EP (vorherige Fußnote).

Vertretern als konsistent erscheint, ohne dass es sich um „objektiv“ konsistente – d.h. empirischen Tatsachen entsprechenden – Gedankengebäude handeln muss.

2.1 Kampf um Souveränität

Das Narrativ des Bestehens auf staatlicher Souveränität – als Gegenstück zur Souveränitätsabgabe – kann auf eine Tradition seit Anbeginn des europäischen Integrationsprozesses zurückblicken. Besonders prominent wurde das Argument in den 1960er-Jahren, als sich Charles de Gaulle gegen einen schnellen Beitritt Großbritanniens wehrte und etwa zeitgleich in Brüssel die „Politik des leeren Stuhls“ betrieb (vgl. de Gaulle 2001). Im Kern bewegte sich der Streit entlang der alten Trennlinie zwischen zwei konkurrierenden Schulen der Internationalen Beziehungen: dem Idealismus und dem Realismus. Ersterer sah in der Tradition Immanuel Kants im Verschmelzen von Souveränitäten in einem höherrangigen politischen Zentrum den Weg zu internationalem Frieden. Letzterer trat weniger anspruchsvoll auf und begnügte sich mit dem normativen Ziel der Abwesenheit von Krieg; ein Zustand, der mit einem Gleichgewicht souveräner Staaten am besten zu erreichen sei (Jacobs 2003).

Daher ist leicht nachzuvollziehen, warum bis heute bei manchen nationalen Eliten die (im Grunde anti-utopische) Idee zu finden ist, der Erhalt staatlicher Souveränität sei in einem ganz grundsätzlichen Sinne ein anzustrebendes Politikziel. In der Variante des Neo-Realismus sind zu dem alleinigen Ziel der Souveränitätserhaltung weitere hinzugekommen. Insbesondere findet sich die Idee, im Rahmen intergouvernementaler Koordination ließen sich wirtschaftliche Interessen besser verwirklichen (Hoffmann 1966; Schörnig 2003).

Weniger an Interessen als an normativen Überlegungen orientiert präsentiert sich die – vor allem deutsche – Staatswissenschaft, die demokratische Mitwirkungs- und Kontrollrechte über Parlamente als Vertretungsorgane des *demos* am besten verwirklicht sieht (siehe z.B. Hansmeyer 2001). In diesem Sinne stellt der Staat eine Arena für die Entstehung, Verfestigung und Vertiefung nicht nur von Souveränität, sondern auch von Demokratie und Selbstbestimmung dar. Die Abtretung von Souveränitätsrechten führt entsprechend zu langfristig negativen Folgen, nämlich zu einer legitimatorischen Entleerung von Politik.

Souveränität und Politik sind allerdings nicht nur über Mitbestimmung und Repräsentation miteinander verbunden. Hingewiesen wurde ebenso auf die „Output-Seite“, d.h. das durch Politik zu gewährleistende Erbringen von Entscheidungen und Ergebnissen. Spätestens seit dem Bericht des *Club of Rome* im Jahre 1972 (vgl. Meadows 1972) begann sich ein neues Bewusstsein für die wachsende Zahl an Problemkonstellationen zu entwickeln, denen allein im nationalen Kontext nicht mehr zu begegnen ist (Zürn 1992; Zürn 1998). Aus dieser Perspektive wird nicht bestritten, dass die Aufgabe von Souveränitätsrechten einen Preis hat bzw. haben kann, wie es Realisten und orthodoxe Verfassungsrechtler unterstellen. Allerdings werden diesem Preis die Kosten für Nichtentscheidungsfähigkeit entgegengestellt, die aus dem Verzicht auf Souveränitätsabgabe entstehen.

In ihren nicht-radikalen Varianten geht die auf den Souveränitäts-Topos rekurrierende EU-Skepsis also letztlich auf eine bestimmte Positionierung in einem Dilemma zurück. Weder Souveränitätsbehalt noch transnationale Integration bergen per se nur Vor- oder Nachteile.

EU-Skeptiker schätzen aber die durch Souveränitätsverzicht entstehenden Schäden höher ein als die Gewinne durch erhöhte Problemlösungsfähigkeit.

2.2 Identität auf dem Prüfstand

Auch der zweite Ansatz hat mit dem Selbstbestimmungsrecht als einer zentralen Komponente moderner Staatlichkeit zu tun. Allerdings geht es hier weniger um die staatsrechtliche Ebene als um kulturelle Interpretationsmuster. In weiten Teilen der Bevölkerungen Europas werden Nationen als Bezugsgemeinschaften mit gemeinsamen sprachlichen, historischen und kulturräumlichen Erfahrungshintergründen gesehen (siehe ausführlich Beichelt 2009: Kap. 4). Analogien zur Auseinandersetzung um den Wert der Souveränität sehen wir in der Diskussion um die letztlich empirisch zu beantwortenden Frage, ob nationale Bezugsräume den Relevanzgrad behalten haben, den sie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sicherlich eine Zeitlang gehabt haben. Ein guter Teil der Vergleichenden Sozial- und Politikwissenschaft bleibt jedenfalls dabei, Vergleiche trotz aller wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, in aller Regel zwischen Ländern oder Staaten anzustellen.

An dieser Stelle kann allerdings immerhin darauf hingewiesen werden, dass die sich an der gesellschaftlichen Dimension von Europäisierung abarbeitende Soziologie zu Erkenntnissen kommt, die für eine Aufweichung des Nationalen als übergreifend relevanter Kategorie spricht. Diese insbesondere von Hartmut Kaelble (1987; 2001; 2002; 2005) vorangetriebene Forschung beruft sich – mehr implizit als explizit – auf den mittlerweile dominierenden Mainstream der Soziologie, der generell von der Konstruiertheit und Konstruierbarkeit von Identitäten ausgeht (Anderson 1983; Smith 1991). Karl Deutsch hat dies bekanntlich schon ganz zu Beginn des europäischen Integrationsprozesses herausgearbeitet, indem er Nationsbildungsprozesse des 19. Jahrhunderts mit der Herauskristallisierung eines europäisch-atlantischen Integrationsraums begründet hat (Deutsch 1957). Was seinerzeit unter sicherheitspolitischen Aspekten diskutiert wurde, gewinnt nach Maastricht und Lissabon eine neue Aktualität: kann es die Möglichkeit geben, dass sich – angetrieben durch soziale Prozesse – eine genuin europäische Identität herausbildet?

Verdeutlichen wir uns diesen Hintergrund, wird aus der empirischen Frage nach dem Europäisierungsgrad der europäischen Nationalgesellschaften eine konzeptionelle. Entscheidend für die Wertung einer Position als EU-skeptisch wird, dass Komponenten der vermeintlichen nationalen Identität als unveränderlich dar- und vorgestellt werden. Nicht anders als zur EU-Skepsis neigen können Positionen, die national-kulturelle „Substanz“ – in sprachlichen, ethnischen, historisch interpretierten Gegebenheiten – als zentrale Bausteine von Identitätsbildung unterstellen. Vorstellungen wie die der „heiligen polnischen Nation“ oder der unveränderlichen „Westminster-Tradition“ erhalten damit prinzipiell einen EU-skeptischen Anstrich.

Allerdings: Folgen wir dem Forschungsstand zur Bildung von Identitäten, müssen derartige Positionen allerdings als hoffnungslos rückwärtsgewandt angesehen werden. Die systematische und historische Soziologie beschäftigt sich heute nicht mehr mit „Substanzen“, sondern mit den Bedingungen, unter denen Identitätswandel stattfinden kann und stattfindet. Lewis Coser hat bereits vor über 50 Jahren darauf hingewiesen, dass es nicht zuletzt die

wahrgenommenen Außengrenzen einer Gemeinschaft sind, die das Wir-Gefühl im Inneren determinieren (Coser 1956). Ernest Gellner steht mit seinen Studien im Grunde ähnlich wie Karl Deutsch für die Verzahnung sozialer Prozesse, die durch die Ausbildung von Werten und Normen abgesichert werden (Gellner 1983). Viele weitere Arbeiten ließen sich nennen. Sie als Wissenschaftler zu ignorieren, führt auf geradem Wege in den Ideologieverdacht.

2.3 EU und Demokratiedefizit

An vermutlich prominentester Stelle, zugleich aber auch mit den kompliziertesten Konnotationen verhaftet, wird die Skepsis gegenüber der EU im Bezug auf vermeintliche demokratische Defizite geäußert (Überblick bei Schmidt 2008: 399-411). Ein wichtiger Einwand von EU-Skeptikern wurde schon erwähnt, nämlich die Furcht vor der Entleerung der Volkssouveränität angesichts des Kompetenztransfers nach Brüssel. Damit ist das Thema aber bei weitem nicht erschöpft. Denn das Prinzip der „repräsentativen Demokratie“, wie es der Lissabon-Vertrag nun in Art. 12 des EU-Vertrags (EUV) auch für die Europäische Union deklariert, kennt neben der Volkssouveränität weitere Dimensionen, die für unseren Kontext relevant sind.

Eine dieser Dimensionen betrifft das Überlappen von transnationaler, also europäischer, Integrationsverantwortung auf der einen Seite und nationaler Repräsentation auf der anderen. Dürfen auf der nationalen Ebene legitimierte Entscheidungen in Brüssel verworfen werden? Hier hat eine Debatte der 1990er Jahre weitgehend Klarheit geschaffen: sofern nationale Ratifikationsprozeduren den Souveränitätstransfer abstützen, ist eine normative Grundlage sowohl aus Sicht des Verfassungsrechts wie auch aus Sicht der meisten integrationstheoretischen Standpunkte gegeben (Schmidt 2008: 399-400). Kritische Haltungen zur EU, die wir in einem solchen Kontext finden, sind daher häufig eher situationistisch einzuordnen, nämlich als Reaktion auf inhaltliche Niederlagen bestimmter Positionen.

Allerdings bietet in solchen die institutionelle Konstruktion der europäischen Politik ein auffälliges Einfallstor für tiefer gehende EU-Kritik. Selbst wenn nationale Niederlagen durch formale Kompetenzabtretungen gewissermaßen vorab legitimiert wurden, bleibt die Frage der Kontrollierbarkeit von in Brüssel getroffenen Entscheidungen aktuell. Bei der Kontrolle von Regierenden durch die Beherrschten handelt es sich um ein Kernelement der liberalen Demokratietheorie (Sartori 1987). Deshalb kann die Verletzung des Prinzips auf der transnationalen Ebene auch dann zu einem Problem werden, wenn der nationale Souverän seine Entscheidungshoheit abgegeben hat. Für die EU-Polity ist dies nicht selten diagnostiziert worden, vor allem, indem die Länge der Legitimationskette von EU-Entscheidungen kritisiert wurde (Bach 1999). Hinzu kommt der Vorwurf, die EU sei wegen der Vielzahl von Entscheidungsträgern mit jeweils begrenztem Spielraum ein überaus intransparentes Gebilde, in dem sich konkrete Handlungen im Einzelnen häufig nicht zuordnen ließen.

In den 1990er-Jahren wurde häufig gefordert, parlamentarischen Körperschaften vor allem auf EU-Ebene, aber auch im nationalen Kontext, mehr Kompetenzen zuzuschreiben (siehe z.B. Weidenfeld 1994). Für das liberale Verfassungsrecht, welches wiederum die liberale Demokratietheorie maßgeblich unterfüttert, eröffnet sich an dieser Stelle allerdings ein

schwieriges Dilemma. Werden die Parlamente in ihrer Rolle als „eigentliche“ Orte der politischen Willensbildung gestärkt, erhöhen sie die Unübersichtlichkeit des Verfahrens und erschweren die Kontrollierbarkeit von Entscheidungen auf EU-Ebene. Werden sie jedoch geschwächt, muss die Gefahr einer Aushöhlung legitimer parlamentarischer Herrschaft befürchtet werden. EU-Skepsis sollte also in diesem Zusammenhang als gewissermaßen inhärente Folge der zunehmenden Komplexität des europäischen Entscheidungsgefüges gesehen werden: Kritische Distanziertheit entspringt nicht (mehr) einer ex-ante Ablehnung von Prinzipien der europäischen Integration, sondern aus der spezifischen normativen Gewichtung von Vor- und Nachteilen der Integrationspolitik.

Von besonderer Bedeutung ist dann auch, dass trotz aller Vertragsänderungen der letzten Jahrzehnte das EU-System noch immer von einer inversen Kompetenzausstattung geprägt ist. Einerseits existiert mit der Kommission eine Institution mit großer Ressourcenausstattung und dem (fast) exklusiven Initiativrecht für EU-politische Entscheidungen. Die Kommission – ist aber keineswegs direkt legitimiert und zusätzlich durch bürokratische Praktiken belastet. Andererseits hat das Europäische Parlament zwar in vielen Fragen über das Ordentliche Gesetzgebungsverfahren (Art. 289 AEUV; Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) kräftig an Kompetenzen hinzugewonnen. Vor allem ist wohl nun die Gleichberechtigung mit dem Rat hinsichtlich des Haushaltsrechts zu nennen. Dennoch verbleiben wichtige Bereiche, z.B. in der Außen- und Sicherheitspolitik, vollkommen außerhalb der Hoheit des EP, sodass sich ein Reibungsverhältnis zwischen hoher direkter Legitimation und immer noch abgeschwächter Kompetenzausstattung ergibt.

In der Zusammenschau der hier genannten Punkte wird nun deutlich, dass EU-skeptische Positionen sich durchaus auf bestimmte Aspekte der liberalen Demokratietheorie stützen können, ohne zugleich in die Falle einer fehlerhaften Theorieinterpretation zu laufen. Politische Entscheidungen können im EU-Kontext in der Tat nur mit Mühe zugeordnet werden. Sie werden häufig jenseits der gewählten Volksvertreter initiiert, vorbereitet und zur Entscheidung gebracht. Zwar findet Kontrolle statt, aber zu guten Teilen – z.B. zwischen Kommission und Rat – lediglich zwischen exekutiven Teilen des Systems. Parlamentarische Kontrollrechte sind dagegen vor allem in ihren möglicherweise destruktiven Komponenten voll ausgebaut, z.B. zur Absetzung der Kommission oder zum Sturz nationaler Regierungen angesichts zweifelhafter EU-politischer Entscheidungen. Anders gesagt: parlamentarische Kontrolle kann erst zu einem späten Zeitpunkt ansetzen, wenn etwas schief gelaufen ist. In der täglichen Politik sind die bürokratischen Akteure in Kommission und Rat dagegen häufig damit befasst, die Involvierung der nationalen Parlamente sowie des EP auf möglichst kleiner Flamme zu halten. Daher gilt auch mit dem Vertrag von Lissabon: Folgen wir den an Nationalstaaten etablierten Standards der liberalen Demokratietheorie, sind politische Entscheidungen im EU-Kontext zu einem geringeren Maße institutionell zuzuordnen und daher auch in geringerem Maße kontrollierbar.

Allerdings: Auch an dieser Stelle muss erneut die Frage zugelassen werden, auf welches realweltliche Phänomen sich die Theoriebildung bezieht. Stellt das nationale Demokratiemodell wirklich die Lösung allen Übels dar? Die bedingungslosen Verteidiger des national-liberalen Demokratieparadigmas müssen sich vorwerfen lassen, ihre Theorieentwicklung an einem letztlich der Vergangenheit angehörenden Idealtyp auszurichten. Robert Dahl, einer

der Altmeister der liberalen Demokratietheorie, hat einmal darauf hingewiesen, dass die Existenz eines autonomen Nationalstaats – auf dem die liberale Theorie aufbaut – historisch zu keinem Zeitpunkt je gegeben war (Dahl 1994: 24). In der Gegenwart des transnationalisierten Europa eignet er sich jedenfalls nur bedingt als Fluchtpunkt, denn die Transnationalisierung von Gesellschaften sowie die Globalisierung der Wirtschaft sind allzu offensichtliche – und den Nationalstaat systematisch überfordernde – Phänomene.

2.4 Folgen der negativen Integration

Zwei der bisher vorgestellten Debattenfelder der EU-Skepsis setzen sich in indirekter Weise mit dem Thema auseinander, warum und wie die europäische Integration die Fähigkeit von Nationalstaaten beeinträchtigt hat, politische Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu erbringen. Durch Souveränitätsverlust wird diese Fähigkeit eingeschränkt und demokratische Prinzipien insbesondere des liberalen Verfassungsstaates davon berührt. Beide Stränge schöpfen jedoch ihre Defizitanalyse aus dem Abstand zwischen der politischen Realität und einem letztlich überhöhten Idealbild. Für die Gegenwart rund um Transnationalisierung und Globalisierung jedoch werden nur wenig überzeugende Lösungsverschlüsse angeboten. Entweder beziehen sie sich auf die Utopie der wieder zu gewinnenden Autonomie des (nationalen) Souveräns, oder sie verweisen auf eine unbestimmte Vergangenheit, in der Partizipation und Kontrolle die allein maßgeblichen Elemente demokratischer Herrschaft gewesen seien.

Der letzte hier abzuhandelnde Argumentationsstrang ist jenseits solcher Defizite angesiedelt. Er führt im Gegenteil in den Kern der gegenwärtigen europäischen Politik, nämlich zur politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Integration. Dieses Feld wurde lange Zeit von mehr oder weniger bedingungslosen Befürwortern des europäischen Einigungsprozesses beherrscht. Für sie gibt es sogar den stets etwas abfällig gemeinten Begriff des „Berufseuropäertums“ bestimmter Figuren des öffentlichen Lebens. Seit etwa zehn Jahren haben sich allerdings die Gewichte verschoben. Mahnende Stimmen, die Losung von der „immer engeren Union der Völker Europas“ führe zu nicht unbeträchtlichen Nebenkosten, mischen sich zusehends in den gesamteuropäischen Chor. Während EU-induzierte Wohlfahrts- und Freiheitsgewinne nach wie vor nicht grundsätzlich angezweifelt werden, wird vor Steuerungsverlust und ungleichen Wohlfahrtsentwicklungen gewarnt.

Es geht also um die Frage, ob und wie die politische Sphäre trotz Globalisierung und Europäisierung die Gestaltungshoheit über ihre wesentlichen Aufgaben behalten kann. Zu einem der wichtigsten Skeptiker bei dieser Frage hat sich Fritz Scharpf, der ehemalige Direktor des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln, entwickelt (Scharpf 1999; 2008; 2009). Sein Argument lautet: Die traditionelle Rolle des Staates im kontinentalen Europa bestand und besteht bis heute darin, Marktprozesse zu korrigieren, und zwar letztlich mit einer umverteilenden Wirkung. Dieser – übrigens überall auf dem europäischen Kontinent vorzufindenden – Erwartung kann aber die europäisierte Politik nur noch in recht eingeschränktem Maße nachkommen. Der Grund dafür besteht laut Scharpf und anderen im Übergewicht der so genannten „negativen Integration“ über die „positive Integration“. Gemeint ist damit, dass Integrationschritte zur Marktschaffung in einem Ausmaß und Tempo

unternommen wurden, dem die Schritte zur politischen Beherrschung des erweiterten Marktes nicht Schritt halten konnten. Es wurden keine, oder jedenfalls nicht genügend, Institutionen zur Korrektur unerwünschter Marktergebnisse geschaffen.

In gewissem Sinne kehrt damit eine Debatte der 1990er-Jahre zurück, als zur Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion gefordert wurde, auch eine „politische Union“ einzurichten. Nur so würden sich, so die damalige Diskussion, Möglichkeiten zur wirtschaftspolitischen Steuerung dauerhaft erhalten lassen. Denn ohne sie würden sich weder Geldpolitik (wegen der gemeinsamen Währung) noch Fiskalpolitik (wegen der auseinander fallenden Kompetenzen bei der Steuerpolitik) noch wirksam einsetzen lassen. Anders gesagt: die Schaffung des gemeinsamen Marktes ohne Binnenschranken erfordert stärkere – und nicht schwächere! – politische Institutionen, wenn negative Konsequenzen für die Wohlfahrtsstaatspolitik ausgeglichen werden sollen.

Mittlerweile ist deutlich geworden, dass eine derartige positive Integration nicht stattgefunden hat. Folglich ist nicht überraschend, dass es für Regierungen auf nationaler Ebene heute viel schwieriger als früher ist, marktkorrigierende Mechanismen in ihre Politiken einzufügen. Ein aktueller Ausdruck dieser mittlerweile etablierten Lehrmeinung sind die auf breiter Front kritischen Positionen zur jüngeren Rechtsprechung des EuGH, die nationale Eigenheiten bei den Arbeitnehmerrechten für nichtig erklärt hat. Denn hier ist besonders augenfällig, dass eine nur indirekt legitimierte Institution Tatsachen schafft, die den politischen Intentionen vieler Mitgliedsregierungen entgegen laufen. Bei der Fokussierung auf den EuGH handelt es sich allerdings nur um einen Untertyp der generellen Aussage, dass die EU und ihre Institutionen besonders im wohlfahrtspolitischen Bereich als strukturelles Hindernis zwischen den Präferenzen der Bürger und den von ihnen gewählten Herrschern stünde.

Der Unterschied zu den bisher diskutierten EU-skeptischen Positionen besteht nun darin, dass die Reaktion auf das diagnostizierte Defizit nicht in einer Rückbesinnung auf nationale Gegebenheiten besteht. Begriffe wie „Volk“, „Identität“ oder „Demokratie“ werden von der Wohlfahrtsstaatsforschung nicht an prominenter Stelle und nicht zur impliziten normativen Abwehr der europäischen Integration verwendet. Wie sieht es jedoch mit positiven Vorschlägen zur Lösung des Defizits an positiver Integration aus? Hier wird man eher Ratlosigkeit als fundierte Lösungsansätze diagnostizieren müssen. Das in den 1990er-Jahren vorgezeichnete Programm der „Vertiefung“ der europäischen Union wird von den Autoren selbst mit einem großen Fragezeichen versehen, und zwar mit dem Argument der fehlenden Belastbarkeit der europäischen Identität für politische Entscheidungen, die maßgebliche Umverteilung nach sich ziehen.

In gewisser Weise sind wir damit bei einer neuen Variante der These von der Nichtregierbarkeit moderner Gesellschaften angelangt. In den 1970er-Jahren war dies eine These der konservativen Sozialwissenschaft, die die Gesetzmäßigkeiten der Parteiendemokratie sowie des modernen Wohlfahrtsstaates als potenziell unvereinbar mit demokratischen Grundsätzen ansah. Dreißig Jahre später sind es nicht mehr nationale Parteien, sondern transnationale Institutionen, die auf die Forderungen nach Umverteilung nicht mehr reagieren können. Die auf die EU bezogene Sozialtheorie schlussfolgert daher – auch das ist eine Parallele zu den 1970er-Jahren –, die europäische Politik könne gar nicht mehr anders, als Handlungs-

fähigkeit zu inszenieren oder zu simulieren. Wenn aber eine gewissermaßen reale Reaktion auf aus den Bevölkerungen geäußerte Bedürfnisse im Rahmen der gegenwärtigen EU gar nicht möglich ist, ist auch eine neue Stufe der EU-Skepsis erreicht.

3. Schlussfolgerung: EU-Skepsis und Aneignung der EU-Polity

Versuchen wir nun, einen Schritt zurück zu treten und die vier Stränge der EU-Skepsis einander sinnvoll zuzuordnen. Zunächst muss dabei noch einmal festgehalten werden, dass das Phänomen der EU-Skepsis an Breite und Intensität gewonnen hat. Wenn EU-Skepsis in bestimmten Phasen und Ländern höher ist als die EU-Akzeptanz, befinden wir uns in der Nähe eines ernsthaften Legitimationsproblems. Parallel zur Ausbreitung in der Bevölkerung kommt der Befund, dass sich EU-skeptische Positionen heute in ganz verschiedenen Teilen der politischen Eliten wiederfinden lassen. Nicht mehr nur Isolationisten aus Großbritannien, sondern ganze politische Lager sind dem Kreis derjenigen zuzurechnen, die wichtige Teilaspekte der europäischen Integration kritisch beurteilen: gemäßigte Konservative, sozialistische Parteien, Gewerkschaften. Auch lassen sich mittlerweile in der Wissenschaft mehrere relevante Strömungen mit EU-skeptischer Tendenz nennen: ordnungspolitisch denkende Wirtschaftswissenschaftler, an nationalen Verfassungen orientierte Staatsrechtler, dem Wohlfahrtsstaat zugetane Politikwissenschaftler. Das Phänomen des EU-Skeptizismus ist von den Rändern der europäischen Gesellschaften in deren Mitte gewandert. Dies ist die Aussage des ersten Abschnittes gewesen.

In gewisser Weise, das sollte dann im zweiten Teil deutlich geworden sein, kann die gewachsene EU-Skepsis zunächst als Ausdruck eines gesteigerten Bewusstseins für transnationale Problemlagen interpretiert werden. Der Skepsis wohnt eine ernüchternde Erfahrung inne. Seit dem Beginn des Integrationsprozesses wurde immer wieder die Erwartung geschürt, mit der Integration würden die notwendigen Kapazitäten zur Lösung transnationaler Probleme geschaffen. Gleichzeitig wird jedoch immer stärker offenkundig, dass diese Verheißung nicht eintreffen wird; einerseits wegen der andauernden Herausforderungen durch Gegebenheiten jenseits der EU und andererseits durch die letztlich unzureichende Fähigkeit der EU, sich selbst eine adäquate institutionelle Form zu geben. Dies stellt die Rechtfertigung der europäischen Integration in allen der oben diskutierten Dimensionen auf den Prüfstand:

- Wenn transnationale Problemlösungen als defizitär gelten, wird der zuvor beschlossene Schritt des Souveränitätsverzichts im Nachhinein diskreditiert. Zugleich bleiben aber die mit Souveränitätsabtretung verbundenen Nachteile – die Entleerung von Partizipations- und Kontrollrechten – bestehen.
- Wenn sich größere Teile von Bevölkerungen und Eliten nicht oder nur sehr zögerlich mit einer europäischen Identität anfreunden können, wird zweifelhaft, ob das zunehmende Gewicht der EU-Ebene nicht zu einer Deutung der europäischen Politik als „Fremdherrschaft“ führen könnte.
- Wenn die europäische Integration in ihrer bisherigen Verlaufsform bürokratische und wirtschaftliche Interessen bevorzugte und den demokratischen Unterbau vernachlässigte, fehlen wichtige Kontrollinstrumente zur Korrektur beabsichtigter oder

getroffener Entscheidungen. Hinzu kommt, dass nicht nur die Demokratie der EU-Ebene über Schwächen verfügt, sondern der Souveränitätsverzicht gleichzeitig bestimmte Elemente der nationalen Demokratien in Mitleidenschaft gezogen hat.

- Das Übergewicht der negativen Integration schließlich verwehrt der politischen Sphäre insgesamt die Korrektur von Marktmechanismen, und zwar an einer Stelle, an der die meisten Bürger Kontinentaleuropas politische Handlungsfähigkeit erwarten.

Wie die Diskussion im vorherigen Abschnitt allerdings gezeigt hat, laufen die aus diesen Kritikpunkten gezogenen Schlussfolgerungen nicht mehr einfach auf das Zurückdrehen des Integrationsprozesses hinaus. Ein guter Teil der Einwände bezieht sich eher darauf, bei einer noch weiter als bisher gehenden Integration sei ein möglicher Schaden zu bedenken. Dies wäre eine Kurzinterpretation des Karlsruher Lissabon-Urteils, denn wir dürfen nicht vergessen, dass die Substanz der Europäischen Verträge gerade als vereinbar mit dem deutschen Grundgesetz angesehen wurde.

In einem ganz anderen Licht erscheinen jedoch jene EU-skeptischen Stimmen, die sich vorrangig um die Ergebnisbilanz europäischer Politik sorgen. Sie sind nicht als grundsätzlicher Vorbehalt gegenüber der Integration zu sehen, so wie beispielsweise Charles de Gaulle oder Margaret Thatcher „rote Linien“ formulierten, von denen übrigens mittlerweile viele überschritten wurden. Der Streit bezieht sich vielmehr auf konkrete Inhalte, für deren mögliche Verwirklichung die institutionelle Ordnung nicht unerheblich ist. Wichtig ist jedoch, dass es nicht per se um ein Missverhältnis zwischen Bürgererwartungen und dem Potenzial der europäischen Politik, diese Erwartungen zu erfüllen, geht. Vielmehr steht hinter der Forderung nach Marktkorrektur nur ein (allerdings der überwiegende) Teil der Bevölkerung(en). Denn wir dürfen natürlich nicht jene Bevölkerungsteile vergessen, die sich gerade gegen die Umverteilungswirkung von Sozialpolitik wenden, d.h., die Vertreter „markoliberaler“ oder „neoliberaler“ Positionen.

Letztlich gründet die EU-Skepsis, wie wir sie besonders im vierten Interpretationsstrang kennengelernt haben, also in der Existenz innereuropäischer Bruchlinien. Die EU, ihre Akteure und ihre Institutionen geraten ins Fadenkreuz widerstreitender Interessen, wenn sie gewünschte Politikergebnisse nicht gewährleisten können. Europa hat sich damit von einem Gegenstand zur Plattform politischer Auseinandersetzungen entwickelt. Darauf zielt der Begriff der Aneignung ab, der sich im Titel wiederfindet. Es handelt sich um eine Aneignung in dem Sinne, dass etwas vorher als fremd Empfundenes nun als Eigenes gedacht wird. In der europäischen Geschichte hat diese Zunahme von Streit- und Wettbewerbsfähigkeit – von „Contestation“ – nicht nur entscheidend zur Bildung von nationalen Gemeinschaften beigetragen. Sie hat darüber hinaus eine zunehmende Öffnung der bürokratischen Eliten für gesellschaftliche Teilhabe erzwungen, indem als legitim angesehene Positionen zunächst vom Herrschaftsapparat übernommen wurden und in späteren Phasen mit direkten Partizipationsmöglichkeiten versehen wurden.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig sinnvoll, die Präsenz EU-skeptischer Positionen und Akteure generell als anti-europäisch zu geißeln. EU-Skepsis stellt keine Gefahr, sondern viel eher eine Chance für den europäischen Integrationsprozess dar. Erst öffentli-

cher Streit schafft die Fundamente zur Ausbildung einer auch politisch tragfähigen europäischen Identität. Ihrerseits ermöglicht eine wenigstens teilweise europäisch codierte Identität, dass sich demokratische Institutionen in einem quasi-staatlichen Verbund entwickeln können. Wichtige Fundamente einer legitimierbaren europäischen Politik hängen also gerade davon ab, als Ergebnis innereuropäischen Streits überhaupt erst zu entstehen.

Die Akteure in den europäischen Institutionen haben sich vielleicht zu lange der Illusion hingegeben, gewissermaßen jenseits aller Auseinandersetzungen als eine Art Schiedsrichter über alle Formen politischen Streits auf EU-Ebene auftreten zu können. Zwischenstaatliche Kompromissbildung und technokratische Steuerungsleistungen waren dabei die wichtigsten Instrumente. Zur Ausbildung einer europäischen Res Publica, die sich über die Ziele ihres politischen Handelns immer neu verständigen muss, wird das allerdings nicht reichen. Vielmehr bedarf es einer Arena, in der gesellschaftliche Konflikte politisch sichtbar ausgeglichen und damit entscheidbar werden. Wie in nationalen Demokratien können die Repräsentanten europäischer Institutionen nicht darauf hoffen, von den Verlierern solcher Konflikte gelobt zu werden. Indem sie aber vermeintlich EU-skeptische Positionen aufnehmen, leisten sie ihren eigenen Beitrag zu Integration und Europäisierung. EU-Skepsis sollte nicht kritisch beäugt, sondern als regulärer Bestandteil der europäischen Politik verstanden werden.

4. Literatur

- Anderson, Benedict, 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Beichelt, Timm, 2004: Euro-Skepticism in the New Member States. In: *Comparative European Politics*, vol. 2, no. 1, S. 29-50.
- Beichelt, Timm, 2009: *Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Büthe, Tim, 2002: Taking Temporality Seriously: Modeling History and the Use of Narratives as Evidence. In: *American Political Science Review*, vol. 96, no. 3, S. 481-494.
- Corbett, Richard / Jacobs, Francis / Shackleton, Michael, 2005: *The European Parliament*. Sixth Edition. London: John Harper.
- Coser, Lewis J., 1956: *The Functions of Social Conflict*. New York: The Free Press of Glenoe.
- Dahl, Robert A., 1994: A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly*, vol. 109, no. 1, S. 23-34.
- de Gaulle, Charles, 2001: Europe. In: Ronald Tiersky (Hrsg.): *Europaskepticism. A reader*. Lanham: Rowman&Littlefield, S. 7-34.
- Deutsch, Karl, 1957: *Political Community in the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience*. Princeton: Princeton University Press.
- Franz, Michael, 1995: Aufklärung und Aneignung. Der Paradigmenwechsel von der Okkupation zur Arbeitstheorie des Eigentums (Locke) in seinen philosophischen und ästhetischen Implikationen (Fichte-Hegel-Marx). In: Wolfgang Klein / Waltraud Naumann-Beyer (Hrsg.):

- Nach der Aufklärung? Beiträge zum Diskurs der Kulturwissenschaften. Berlin: Akademie Verlag, S. 195-212.
- Gellner, Ernest, 1983: Nations and Nationalism. Ithaca: Cornell University Press.
- Hansmeyer, Sandra, 2001: Die Mitwirkung des Deutschen Bundestages an der europäischen Gesetzgebung. Berlin: Duncker&Humblot.
- Henderson, Karen, 2001: Euroscepticism or Europhobia: Opposition attitudes to the EU in the Slovak Republic. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 50.
- Hix, Simon / Noury, Abdul, 2009: After Enlargement: Voting Patterns in the Sixth European Parliament. In: Legislative Studies Quarterly, vol. 34, no. 2, S. 159-174.
- Hix, Simon / Noury, Abdul / Roland, Gerard, 2007: Democratic Politics in the European Parliament. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hoffmann, Stanley, 1966: Obstinate or Obsolete? The Fate of the Nation State and the Case of Western Europe. In: Daedalus, vol. 95, no. 3, S. 862-915.
- Hooghe, Liesbet, 2007: What Drives Euroscepticism? Party-Public Cueing, Ideology and Strategic Opportunity. In: European Union Politics, vol. 8, no. 1, S. 5-12.
- Hooghe, Liesbet / Marks, Gary, 2007: Sources of Euroscepticism. In: Acta Politica, vol. 42, S. 119-127.
- Jacobs, Andreas, 2003: Realismus. In: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich, S. 35-60.
- Judge, D. / Earnshaw, D., 2003: The European Parliament. New York: Palgrave Macmillan.
- Kaelble, Hartmut, 1987: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas, 1880-1980. München: Beck.
- Kaelble, Hartmut, 2001: Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt: Campus.
- Kaelble, Hartmut, 2005: Eine europäische Gesellschaft? In: Gunnar Folke Schuppert / Ingolf Pernice / Ulrich Haltern (Hrsg.): Europawissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 299-330.
- Kaelble, Hartmut / Kirsch, Martin / Schmidt-Gernig, Alexander, 2002: Zur Entwicklung transnationaler Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Eine Einleitung. In: Hartmut Kaelble / Alexander Schmidt-Gernig / Martin Kirsch (Hrsg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt: Campus, S. 7-36.
- Kopecký, Petr / Mudde, Cas, 2002: Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe. In: European Union Politics, vol. 3, no. 3, S. 297-326.
- Lindberg, Leon / Scheingold, Stuart, 1970: Europe's Would-Be Polity: Patterns of Change in the European Community. Englewood Cliffs: Prentice Hall.
- Meadows, Dennis, 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Neumayer, Laure, 2008: Euroscepticism as a political label: The use of European Union issues in political competition in the new Member States. In: European Journal of Political Research, vol. 47, no. 2, S. 135-160.
- Sartori, Giovanni, 1987: The Theory of Democracy Revisited. Chatham: Chatham House Publishers.
- Scharpf, Fritz W., 1999: Regieren in Europa: effektiv und demokratisch? Frankfurt/Main: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 2008: Negative und positive Integration - zehn Jahre später. In: Martin Höpner / Armin Schäfer (Hrsg.): Die Politische Ökonomie der europäischen Integration. Frankfurt: Campus, S. (im Erscheinen).
- Scharpf, Fritz W., 2009: Legitimität im europäischen Mehrebenensystem. In: Leviathan, vol. 37, no. 2, S. 244-280.
- Schmidt, Manfred G., 2008: Demokratietheorie. 5. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schörnig, Niklas, 2003: Neorealismus. In: Siegfried Schieder / Manuela Spindler (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen. Opladen: Leske+Budrich, S. 61-88.

- Sitter, Nick, 2002: *Opposing Europe: Euro-Scepticism, Opposition and Party Competition*. Sussex: Sussex European Institute (SEI) Working Paper Nr. 56.
- Smith, Anthony D., 1991: *National Identity*. Reno: University of Nevada Press.
- Taggart, Paul, 1998: A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems. In: *European Journal of Political Research*, vol. 33, no. 3, S. 363-388.
- Taggart, Paul / Szczerbiak, Aleks, 2004: Contemporary Euroscepticism in the party systems of the European Union candidate states of Central and Eastern Europe. In: *European Journal of Political Research*, vol. 43, no. 1, S. 1-28.
- Tiersky, Ronald, 2001: Introduction: Euro-skepticism and "Europe". In: Ronald Tiersky (Hrsg.): *Europskepticism. A reader*. Lanham: Rowman&Littlefield, S. 1-6.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.), 1994: *Europa '96. Reformprogramm für die Europäische Union. Strategien und Optionen für Europa*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Zürn, Michael, 1992: *Jenseits der Staatlichkeit*. In: *Leviathan*, vol. 20, no. 4, S. 490-513.
- Zürn, Michael, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt: Suhrkamp.